

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Soll und Sein“. Es ist Substitutions-Organ der gemäßigten Kräfte in der Arbeiterbewegung. Druck: Druckerei „Soll und Sein“, Halle. Verleger: Dr. G. W. Müller, Halle. Preis: 15 Pfennig. Einzelhefte 5 Pfennig. Abonnement: 12 bis 14 Hft. — Unverlangt einzeln an den Verleger zu beziehen.

Belegpreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Substitutionsgebühr, insgesamt 2,30 RM. für Abnehmer außerhalb des Reichs 2,50 RM. durch Verleger ausstellt 2,70 RM. bei direkter Bestellung an den Verlag 2,80 RM. — Einzelhefte 12 Hft. im Vorauszahlungs- und 60 Hft. im Nachzahlungs-Verfahren. Druckerei: G. W. Müller, Halle. Preis: 15 Pfennig. Einzelhefte 5 Pfennig. Abonnement: 12 bis 14 Hft. — Unverlangt einzeln an den Verleger zu beziehen.

# König Alexander proklamiert die Diktatur der Krone Staatsstreich in Belgrad

### Die Verfassung aufgehoben - Presseknebelung - Der Parlamentarismus als Prügelknabe Drei Kroaten in der Diktatur-Regierung - Was die Kroaten erhoffen

In der Nacht zum Sonntag haben sich in Belgrad große politische Ereignisse abgespielt. Da zwischen den jugoslawischen Parteien keine Vereinbarung getroffen werden konnte und die kroatischen Führer Reichs- und Verfassungsfragen einen Standpunkt in Verfassungsfragen einnahmen, der ihre Einigung mit anderen Gruppen unmöglich machte, konnte man die parlamentarische Krise nicht lösen. In der Sonntagsnacht hat General Stojanowitsch, Kommandant der kgl. Armee, die Verfassung aufgehoben. In dem Kabinett sind vertreten als Außenminister Marinkowitsch, Finanzminister Dr. Surin, Kriegsminister General Stefan Patschitsch und Wirtschaftsminister Korojetsch, bisheriger Ministerpräsident. In die Regierung wurden auch drei Kroaten aufgenommen. Die neue Regierung hat noch in der Nacht einen Eid abgelegt. König Alexander hat am Sonntagfrüh ein Manifest erlassen, in welchem wegen der parlamentarischen Verhältnisse das Parlament aufgelöst wird und auch die Verfassung sofort suspendiert wird.

Es wurden vier neue Gesetze eingebracht. Das erste Gesetz spricht über die Stärkung der königlichen Macht, das zweite über die Stärkung des Staates und es wird in ihm erklärt, daß solche Parteien, die einen revolutionären Standpunkt haben, sofort aufgelöst werden müssen. Ferner wurde ein sehr strenges Pressegesetz eingebracht. Mit einem vierten Gesetz wurden sämtliche kaiserlichen und kaiserlich-kroatischen Verordnungen sofort aufgehoben. Die jugoslawische Bevölkerung hat die diktatorischen Maßnahmen ruhig aufgenommen.

### Die Kroaten zum Staatsstreich König Alexanders. „Die Fesseln gelöst!“

Berlin, 7. Januar (W.B.). Der „Montag“ meldet aus Agram, daß Dr. Waisch nach seiner Rückkehr aus Belgrad Pressekorrespondenten, die ihn nach seinen Eindrücken von den Vorgängen in Belgrad fragten, erklärte: Die Fesseln sind gelöst. Die Verfassung, die die Kroaten 7 Jahre lang „begeißelt“, ist aufgehoben. Damit der Willkür des Monarchen kein Ende gesetzt, das Ideal des kroatischen Volkes zu erreichen und wirklich Herr im Hause in einem freien Kroatien zu sein. (!!!)

### Die Proklamation des falschlichen Königs.

Belgrad, 7. Januar. (W.B.). König Alexander hat unter dem heutigen Datum eine Proklamation erlassen, die u. a. befolgt: Meine und des Volkes Erwartungen, daß die Einmischung unserer innerpolitischen Lebensordnung und Konsolidierung in der Lage des Landes mit sich bringen würde, haben sich nicht erfüllt. Die ungelöste politische Situation im Staate ist nicht nur für das innere Leben und seinen Fortschritt, sondern auch für die Regelung und Entwicklung der auswärtigen Beziehungen unseres Staates, wie für die Stärkung unserer Prestige und unseres Ansehens im Ausland nachteilig. Durch politische Unklarheiten werden wir von dem Parlamentarismus getrieben, müßig einen solchen Weg zu gehen, daß es ein Verhängnis für jede geordnete Arbeit im Staate würde. Weit entfernt, den Geist nationaler und heiliger Einheit zu empfinden und zu stärken, beginnt der Parlamentarismus in seiner tiefsten Gefahr geistige Desorganisation und nationale Uneinigkeit hervorzuheben. Ein Mittel

gegen dieses Uebel zu suchen in einer Abänderung der parlamentarischen Regierung, wie sie bisher gehandhabt wurde, oder in neuen Wahlen für die gezeigten Körperschaften hieße kostbare Zeit mit fruchtlosen Versuchen zu verlieren. Ich bin überzeugt, daß alle Serben, Kroaten und Slowenen meine treuesten Helfer bei meinen zukünftigen Bemühungen sein werden, die nur dahin gehen, in kürzester Zeit zur Schaffung von Einrichtungen zur Verwirklichung und Organisation des Staates zu gelangen, die den allgemeinen Wünschen des Volkes und den Interessen des Staates am besten entsprechen. Im Verlauf dessen habe ich beschlossen und bestimmt, daß die Verfassung des Königreiches vom 28. Juni 1921 nicht mehr in Kraft bleibt. Alle Gesetze des Landes behalten ihre Gültigkeit, soweit sie nicht durch einen Erlass von mir im Notfall aufgehoben werden. Neue Gesetze werden künftig auf die gleiche Weise verhängt werden. Die am 11. Dezember 1927 gewählte Stupschina wird aufgelöst.

### Ursachen und Wirkungen.

+ Halle (Saale), 7. Januar.  
Die Ereignisse in Belgrad zeigen der Arbeiterbewegung wieder einmal, wie schnell Demokratie und Parlamentarismus beiseite gelassen werden können, wenn nicht eine in starken Organisationen gerüstet und bereit stehende Masse vorhanden ist, mit der jeder falsche Umstürzer im gegebenen Moment zu rechnen hat. Die Proklamation König Alexanders, in der es heißt, daß der Parlamentarismus verlagert habe, ist nichts weiter als eine faule Ausrede für die Wünsche der serbischen Soldateska, das Land diktatorisch zu regieren.

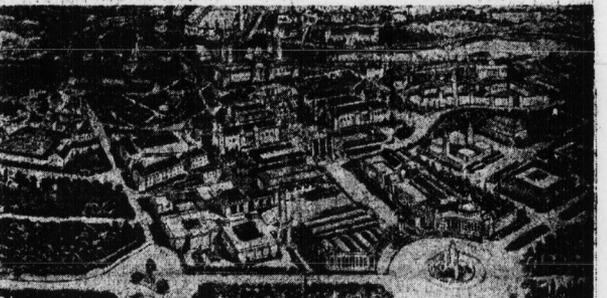
In der Tat haben sich in Jugoslawien im Laufe der letzten Jahre parlamentarische und Nationalitätenkämpfe herausgebildet, die das Ansehen des neuen Reiches (auch ein Wunder ist der Entsetzt) auf das schwerste erschütterten. Außerdem, daß die kroatischen Wahlen nicht mehr bestritten werden konnten. Der Parlamentarismus als solcher hatte jedoch an dieser Entscheidung keine Schuld. Er war nur der Flügelknabe sinnloser nationalistischer Elemente, die die politischen Stimmungen des Landes wie Fegeln auseinanderrissen.

Die Kroaten, die mit drei Ministern in der neuen belgradischen Regierung vertreten sind, neben sich der Hoffnung hin, daß sie nur mehr zu ihrem Rechte kommen werden. Diese Hoffnung läßt sich wahrscheinlich am besten aus der Tatsache erklären, daß die Kroaten allerdings für parlamentarisch-europäisches Regime am schärfsten vorbereitet sind. Aber ihre Hoffnung auf die Diktatur wird sehr schnell enttäuscht werden.

Jugoslawien wird durch das falschliche Regime nicht zur Ruhe kommen. Das falschliche Regime wird, so oft wenn es sich umdrehen sollte, — erhebliche Schwierigkeiten von demokratischer oder sozialistischer Seite im Lande sind im Augenblick kaum zu erwarten — in neue Konflikte, in schärfere Konflikte, insbesondere mit dem falschlichen Italien geraten, wird ein neues Element der Unruhe auf dem Balkan werden und wird, wenn der Weltfrieden nicht rechtzeitig eintritt, wahrscheinlich zum Ausgangspunkt von Konfliktsituationen sich entwickeln, denen Europa am besten so schnell wie möglich vorbeugt. (Siehe auch Seite 3.)

### Weltausstellung in Barcelona Kostenanschlag: 140 Millionen Peseten

Die kulturell bedeutendste und umfangreichste Ausstellung des Jahres 1929 wird die Internationale Ausstellung in Barcelona sein, die im Frühjahr eröffnet wird, und die vor allem die Beziehungen des spanischen Mutterlandes zu den spanisch sprechenden überseeischen Staaten betonen soll. Die Ausstellung wird in drei Gruppen gegliedert; diese Gruppen werden die Kunst (Architektur und schöne Künste), die Industrie und der Sport umfassen. Die Kunstausstellung ist in einem Gebäude von 32 000 Quadratmeter Grundfläche untergebracht; die Industrie verfügt über zehn Paläste, die



alle Zweige der Landwirtschaft bis zur Elektrizität unterbringen werden. In der Sportgruppe wird das größte Interesse das Stadion erwecken, das über 60 000 Zuschauer fassen wird. Der Montjuich-Park, eine der schönsten Gartenanlagen Europas, wird die gesamte Ausstellung aufnehmen, wie unser Ueberblicksbild zeigt. Es stehen 1 200 000 Quadratmeter zur Verfügung, auf denen neben den Ausstellungsgebäuden und Räumlichkeiten zur Veranstaltung von Volksfesten, Turnieren im alten Stil und Sportwettbewerben errichtet werden, so daß Barcelona in der Zeit der Ausstellung den Besuchern prächtige Feste bieten wird.

### Severing auf der Internationalen Frauentagungs-Konferenz Frauen und Mütter die Soldaten des Friedens.

Frankfurt (Main), 7. Jan. (Radiomeidg.). Auf dem Schlußkonferenzen des internationalen Frauentages nahmen u. a. auch Minister Severing das Wort und betonte, daß er die Arbeiten des Kongresses aufmerksamer verfolgt habe und daß von diesem Kongress eine Welle durch Europa gehe, die die Frauen wachrüttelt. Bisher seien die Männer die Soldaten des Krieges gewesen. Deshalb sollten die Frauen und Mütter die Soldaten des Friedens werden. Die nächste Aufgabe werde die Palme des Ruhmes nicht den Feldherren, nicht den Staatsmännern, nicht den Erzhäuptern und Erzherrn geben, sondern einzig und allein denen, die für den Frieden arbeiten und den Krieg aus der Welt geschafft haben.

### Zimmer noch in der Luft.

Der amerikanische Armeeminister Luedlow überbrachte am Sonntagmorgen 2 56 Uhr New Yorker Zeit (9 Uhr MEZ) den durch den Anschlag des „Groß Zeppelin“ nach Lakehurst aufgestellten Panzerkreuzer am 1. Januar. Das Flugzeug bestand sich genau 1 1/2 Stunden in der Luft. Die Wetterverhältnisse bessern sich weiterhin, so daß das Landen in der Luft verunglücktes verstanden geht. Die Retter arbeiten zuverlässig und die Mannschaften sind gesund, noch mehrere Tage durchzuhalten.

### Sozialdemokratie und Wehrmacht

Von Dr. Hermann Schütinger, Bolzenbeck a. D.

Der nachgehende Artikel enthält keine wertvolle militärische Gesichtspunkte, doch eine Besprechung der Wehrprogrammdebatte und notwendig erachtet.

Die „Mischlinien der Wehrpolitik“ der sozialdemokratischen Wehrkommission sind zur Debatte gestellt und bereits von einer großen Zahl von Parteimitgliedern politisch gewürdigt worden.

Darum in erster Linie vom Standpunkt der Militär-Leadit aus ein paar Worte der Kritik zum Programmentwurf!

Der Entwurf eines sozialdemokratischen Wehrprogramms mag ein brauchbares Instrument der Agitation und des einzig möglichen Kompromisses zwischen den wehrpolitischen Auffassungen der Partei darstellen — ein tiefgreifendes Instrument zur Erwerbung der Verfügungsgewalt über die Wehrmacht und zur Auslösung einer parlamentarischen Aktion im Sinn einer grundlegenden Dezentralisierung ist er noch keineswegs.

Dazu bleibt das Programm viel zu sehr an der Oberfläche wehrpolitischer Begriffe haften und sehr viel zu wenig an die Parteien unserer Wehrmacht heran!

Verständlich hat der Umgang zu Kompromissen bei den „Mischlinien“ die wehrpolitisch und militärisch wichtigsten Dinge in den Hintergrund













# Demagogie oder Wahrschaffigkeit?

## Wer soll die Wirtschaftskämpfe führen?

Ein Wort zur Lohnbewegung der Metallarbeiter

Wenn wir heute zu der laufenden Lohnbewegung der mitteldeutschen Metallarbeiter einige Ausführungen machen, so soll damit kein Zorn von unserem Prinzip, und noch weniger Demagogen nicht in diesem Zusammenhang, abgewandt werden. Wir führen uns nach wie vor nicht berechtigt, den Gewerkschaften irgendwelche Vorwürfe in bezug auf eine einseitige Haltung oder auf erhebliche Forderungen zu machen. Das ist eigene Sache der Gewerkschaften, die gewiß Erfahrungen genug besitzen und keinen Vorwand brauchen, so sich mit Recht eine Einmischung Außenstehender verbieten können, wie es die Verhandlungskommission der SPD in Wittenbergland kürzlich getan hat. Wer nun glaubt, hat, die kommunisierende Presse, also in unserem Bezirk der „Klassenkampf“, würde sich dem einmütigen Protest der Verhandlungskommission unterwerfen, der befand sich sehr auf dem Höhepunkte. Wir haben ja bereits eine kleine Notiz über das „Klassenkampf“-Artikel: Die Verhandlungskommission will ihre Kluge haben“ und die Antwort der Bezirksleitung des DVB, in unserem Blatt wiedergegeben. Man gestatte uns aber auch einige Ausführungen dazu, und zwar sollen sich diese in der Hauptstadt mit der Frage beschäftigen: Wer soll die Wirtschaftskämpfe führen, die Parteien oder die Gewerkschaften?

Diese Frage beschäftigt nicht erst in diesem Jahrzehnt die Gewerkschaften. Wir wissen, daß vor langer Zeit zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften ähnliche Auseinandersetzungen gepflogen wurden wie heute zwischen der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften. In der Zeit der sozialistischen Auseinandersetzungen kam von der heutigen. Auf den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei und auf den Gewerkschaften fanden diese inneren Kämpfe ihre Kulminationspunkte. Die Gewerkschaften wiesen auch damals schon jede Einmischung der Partei mit größter Energie zurück und schließlich wurde ihr Standpunkt auch von der Partei anerkannt, indem jedem Zweig der Arbeiterbewegung sein Tätigkeitsgebiet zugewiesen wurde; die Partei erhielt die Aufgabe, die politischen Kämpfe zu führen, während den Gewerkschaften die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe überlassen wurde. Nach dieser Regelung gestaltete sich das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften immer freundschaftlicher, und die Arbeiterbewegung hat bestimmt keinen Nachteil dadurch gehabt.

Seitdem begegnen wir nun dem Anachronismus, daß die alten Kämpfe zwischen Partei und Gewerkschaften wieder neu aufgeführt sind, zwar ist es jetzt nicht mehr die Sozialdemokratische Partei, sondern die sich radikal gebärende Kommunistische Partei, die die alte Erfahrung mischachtet. Diese Partei mißt sich bemüht in jede gewerkschaftliche Angelegenheit, und zwar, wie wiederholt dokumentarisch nachgewiesen werden konnte, nur zu dem Zweck, sich selbst damit zu dienen, nicht etwa um die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Wir erinnern an die verschiedenen Rundschreiben der SPD, die uns bekannt und von uns veröffentlicht wurden.

Wird die Einmischungen der SPD in die Angelegenheiten der mitteldeutschen Metallarbeiter entzogen, nur partiogegensinnigen Motiven. Nach den vielen Niederlagen, die die SPD mit bezüglichen Einmischungen bereits erlitten hat (siehe Mitteldeutscher Bergarbeiterstreik 1927, Mitteldeutscher Metallarbeiterstreik 1928, Streik im Ruhrgebiet 1928 und andere Kämpfe) sollte sie doch endlich einsehen, daß alle Liebesmühen,

die Gewerkschaftsmitglieder von ihren Führern zu trennen und sie zu bewegen, den Partolen der SPD zu folgen, umsonst gewesen ist. Da sie es nicht tut, darf man annehmen, daß ihr Motiv in der Variation eines bekannten Wortes lauten:

„Lebend gegen die Gewerkschaften gehen oder nichtstehend herbei“

b. Wenn wir nicht mehr kämpfen und gehen können ist unser Dasein überflüssig, und dann müssen wir ihr ausnahmsweise einmal recht geben.

Nachgerade fällt aber diese blöde Schimäre und gehen auch den eigenen Parteimitgliedern immer mehr auf die Nerven, besonders, wenn diese an einer verantwortlichen Stelle stehen und Verantwortungsbedenken haben. Wir wissen ja, daß bereits beim mitteldeutschen Metallarbeiterstreik verschiedene kommunisierende Funktionen mit der Einmischung der SPD, und ihrer Presse nicht einverstanden waren. Einige, die kein Hehl daraus machten, fielen bei der SPD in Ungnade oder sie verließen aus eigenem Entschluß diese Partei, andere balancierten geschickt zwischen Parteidisziplin und gewerkschaftlicher Disziplin, werden sich aber dabei bestimmt nicht wohl gefühlt haben. Ob sie diese Belastungsprobe aber noch einmal aushalten werden, magen wir sehr zu bezweifeln.

Wenn schließlich nun es doch jedem ehrlichen Mann über die Wahrschaffigkeit liebt, einmal zum Geleit werden, sich einer solchen Demagogie zuliebe leichtgläubig zu richten.

Demagogie und nicht Wahrschaffigkeit wird aber auch diesmal wieder seitens der SPD von den Metallarbeiterfunktionären verlangt. Wie wir erfahren, hat am 3. Januar in Halle eine Präzisionsfabrik der kommunisierenden Metallarbeiter stattgefunden, in der es lebhaft zugegangen ist. Dort war auch die Bezirksleitung der SPD, und die Redaktion des „Klassenkampf“ vertreten, und von dieser Seite wurde die hällische Ortsverwaltung des DVB sofort angegriffen, weil sie sich hinter die Forderungen der Verhandlungskommission gestellt und von der SPD aufgestellten Forderungen fallengelassen hat und weil sie sich auch mit dem Inhalt der Erklärung der Verhandlungskommission gegen die Einmischung der kommunisierenden Presse in die Metallarbeiterbewegung einverstanden erklärte. Die beiden Geschäftsführer des DVB, Kalle, Dreher und König, sowie die Ortsverwaltungsmittglieder Perwitz, Jahn und andere legten sich aber diesmal lediglich zur Wehr, und besonders Dreher erklärte, daß sie nicht mehr gewillt seien, dem unüberwindlichen Verlangen der SPD, weitere Opfer zu bringen.

Die Bezirksleitung der SPD beharrte aber auf dem Standpunkt: „Die Führung der Wirtschaftskämpfe ist Sache der Partei“, und dem Geschäftsführer König, der eine andere Meinung vertrat, wurde sogar der Ausschluß aus der SPD angedroht.

Man kann diesen Vorgang als eine interne Angelegenheit der SPD betrachten; er zeigt aber wie so viele andere Vorwommisse in dieser Partei, welche Klaff zu aufstun beginnt, wenn die ihm anvertrauten Angelegenheiten, die eingeleitet haben, daß behändige Werbeten in einer Reaktionspolitik die Arbeiterschaft nicht vorwärts, sondern rückwärts bringen muß. Wir betrachten das als einen begreifbaren Gesundungsprozess, auch in der Wirtschaftsmetropole Halle, der jedoch einmal kommen mußte. Wir wünschen den hällischen Metallarbeitern soviel Einsicht, daß auch sie diesen Gesundungsprozess begrüßen.

Die Belegschaft sich weigerte, diesem Arbeitsgesetz diktal nachzukommen. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben nach Ablauf der bisherigen Arbeitszeit den Betrieb verlassen und sind deshalb fristlos entlassen worden. Diese brutalen Maßnahmen haben im Bezirk kein berechtigtes Empörung hervorgerufen. Die Belegschaft verweigert jetzt durch das halbamtliche Waffenzwang die tendenziöse Werbung, daß die Fortsetzung des Betriebes gefordert sei, weil ein erheblicher Teil der Belegschaft die angeordnete Arbeitszeit anerkennt und weiterarbeiten würde. Die martialischen hatten Mann, um die Belegschaft zu büchsen, was ihr aber kaum gelingen dürfte.

### Der Bergarbeiterstreik in Frankreich

Paris, 7. Januar. (Radioabmeldung.) Der Generalstreik der Kohlenarbeiter im Département Lozère dauert unvermindert. Verhandlungen sind bisher weder von Arbeitnehmern noch von Arbeitgeberseite eingeleitet worden. Von Paris ist am Sonnabend der Generalstreik des Landesbergarbeiterverbandes im Streikgebiet der Provinz der Borg eingetroffen. Die Streikenden haben in zahlreichen Driftschichten Kundgebungen ab. Die Streikbewegung im Lozère-Gebiet — es handelt sich hier von Anfang an nur um einen rein kommunisierenden Antistatist gerichteten Streik — ist im Annehmen begriffen. Die Zahl der Streikenden liegt bei 18 000 auf 11 000 getrunken sein.

# Täglich 64 Tote durch Unfall

## Aber zwei Millionen Unfälle im letzten Jahre

Über eine Million Unfälle wurden im letzten Jahre allein in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum sogar zwei Millionen Unfälle ereignet. Fast 2 600 Menschen haben etwa ein Drittel in den bei den Berufsvereinigungen versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren. Täglich 64 Tote durch Unfall!

Diese erschreckenden Feststellungen bringt der Aufruf des Reichsarbeitsministeriums zur Reichsunfallverhütungswoche (RUVW), der u. a. auch vom Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, vom Reichsamt für berufliche Unfallverhütung, von den Berufsvereinigungen und Gewerkschaften unterstützt ist. Die Reichsunfallverhütungswoche findet vom 24. Februar bis zum 3. März 1929 statt. Ihr Zweck ist, wie aus dem Aufruf hervorgeht, die demernde und fruchtbarere innerer und äußerer Arbeit. Der Zweck ist, die Unfälle zu vermeiden. (Aufnahmen von Schärer, Kummer und Gies, von persönlichem Familienkreis, deren Ernst der Unfallfrage zu Bewußtsein bringen)

# Bezirkskonferenz der Arbeiterfänger

## Die Auswirkungen des Bundesfestes im allgemeinen gut, im Bezirk Halle jedoch ohne Erfolg

Das erste Bundesfest des Deutschen Arbeiterfängerfestes hat die deutsche Arbeiterfängerbewegung Sammlung und Ansporn zu neuer innerer und äußerer Arbeit. Der Zweck ist, die Unfälle zu vermeiden. (Aufnahmen von Schärer, Kummer und Gies, von persönlichem Familienkreis, deren Ernst der Unfallfrage zu Bewußtsein bringen)

Der Bezirksfängerfest der Stadt 500 RT. erhalten habe und dann nicht gefahren sei. Der Bezirksfängerfest sei eingegangen, wurde aber unter Beteiligung einer großen Anzahl von Schülern der „Weltlichen Schule“ wieder aufgekauft. Zur Zeit zählt der Bezirk 67 Vereine mit 43 Männern, 19 Frauen und 18 gemischten Chören. Auffallend ist die geringe Anzahl von Frauen im Vergleich zu den Männern. Es scheint, daß vielfach immer noch nur reine Männerchöre bestehen.

In vielen kleinen und ländlichen Orten wurde unter Beteiligung der Frauen in gemischten Chören tatkräftig mit mehr geübt.

Damit wurde wenigstens die Frau auch etwas mit in das geistige Leben mit heringezogen, denn sie heute vielfach noch beiseite steht. Man hätte erwarten können, daß diese Frage auf der Konferenz bestimmt mit erörtert wurde, doch war dies leider nicht der Fall. Wie wenig Wert anschließend auf den Anteil der Frau an der Bewegung im Bezirk gelegt wird, ergibt die Tatsache, daß nur ein geringer Bruchteil der Delegierten aus Frauen bestand. Dagegen richtete der Vorsitzende eine Anzahl Fragen gegen den freien Sängerchor, doch er sieht nicht an dem kommenden Stadtbezirksfest des Bezirks beteiligt. Auch wurde er sich gegen den freien Sängerchor, weil dieser für den ausgeübten Schriftführer keinen Erfolg gestellt habe. Wegen den Vorwürfen, daß er den Kommunisten dabei bei der Werbung an der Universität zu einer Wahlrede beistellt habe, verbot er sich. Er mußte dann weiter stellen, daß diese Werbemethoden überhaupt keinen Erfolg gezeigt habe. Der Redakteur wurde in diesem Zusammenhang die Summierung einer Reihe von Vereinen bemängelt.

In der Diskussion legten die Genossen Gertz und Seiler vom freien Sängerchor Vermehrung gegen die häufig heftigen Angriffe des Vorsitzenden ein. Der freie Sängerchor habe keine Unterstützung der Stadt zu der Hannoverfahrt erhalten. Wenn der freie Sängerchor an dem Stadtbezirksfest nicht mitwirde, so liegt das daran, daß der Bezirk es nicht für nötig hielt, ihm überhaupt eine Einladung zu schicken. Der freie Sängerchor habe auch einen Schriftführer gestellt, der aber nicht akzeptiert wurde. Zum Schluß richtete der Bezirk Gertz an den Vorsitzenden die Frage, wieviel Beiträge der Bezirk von den Verbänden zur Hannoverfahrt bekommen habe. Die Beantwortung dieser Anfrage wurde aber vom Vorsitzenden verweigert. In der Sache des Vorfalls an der Universität wurde dem Vorsitzenden geantwortet, daß ihm nicht der Vorwurf gemacht worden sei, Urabe bestellt zu haben. Er habe aber auch keine Anklagen getroffen, diesen Vorfall zu verhindern.

Es wurde dann nach Beratung der Anträge beschlossen.

Das nächste Bezirksfängerfest in Teutschenthal abzuhalten. Der freie Sängerchor hatte beantragt, daß im Bezirksverband von einem Verein nur ein Mitglied leben dürfe. Dabei müßten auch die ländlichen Vereine mit berücksichtigt werden. Diese Anträge wurden alle abgelehnt, womit die ländlichen Vereine ausgeschiedet wurden. Der alte Bezirksvorstand wurde wiedergewählt und als Schriftführer F. Friese bestimmt. Als Bezirksfänger wurde wieder Herr Schürze (Halle) einstimmig gewählt. Als Tagort der Sommerausstellung wurden Wab, Gardt, Garfisch, Gersia, Romtob, und Schmidt gewählt. Die Abstimmung über diese Punkte ergab eine enge Beschäftigungsbedeutung, da der Vorsitzende nicht die Geschäftsführung befreite und fast abgabimitten ließ. In einer solchen Bewegung wie die der Sänger sollte so etwas eigentlich nicht mehr vorkommen. Die Konferenz hätte unter einer geschickten Anwendung der Geschäftsordnung einen bedeutend fröhlicheren und ruhigeren Verlauf gehabt.

Das erste Bundesfest des Deutschen Arbeiterfängerfestes hat die deutsche Arbeiterfängerbewegung Sammlung und Ansporn zu neuer innerer und äußerer Arbeit. Der Zweck ist, die Unfälle zu vermeiden. (Aufnahmen von Schärer, Kummer und Gies, von persönlichem Familienkreis, deren Ernst der Unfallfrage zu Bewußtsein bringen)

Das erste Bundesfest des Deutschen Arbeiterfängerfestes hat die deutsche Arbeiterfängerbewegung Sammlung und Ansporn zu neuer innerer und äußerer Arbeit. Der Zweck ist, die Unfälle zu vermeiden. (Aufnahmen von Schärer, Kummer und Gies, von persönlichem Familienkreis, deren Ernst der Unfallfrage zu Bewußtsein bringen)

### von einer Vereinstreue abkommen, sondern den Zusammenhang von leistungsfähigen Chören führen.

Zum Schluß sprach der Redner noch von dem kulturhistorischen Charakter der Arbeiterfängerbewegung. Zeigte dieser Teil der Konferenz die erfreuliche Seite der Arbeiterfängerbewegung, so konnte man mit dem letzten Teil der Tagung nicht zufrieden sein. Nach Schildern, die Maßnahmen aus den Tagen von Hannover gaben, berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit des Bundes im Geschäftsbereich. Hannover habe einen großen Arbeit geboten, wogegen der Erfolg in Mitteldeutschland recht minimal sei. Er habe auch eine stärkere Beteiligung an Hannover erwartet. So habe der Arbeiterfängerchor dem Hauptteil der Hannoverfahrt im Bezirk gestellt, wozu den Mitarbeitern vom Verein erhebliche Zuschüsse gemacht wurden. Was heißt dann die ungläubige Behauptung auf, daß der freie

### Roski ist in Hieber Verhaftet.

Die Teilnehmer verlangen wirksame die Arbeitszeit.

Hannover, 5. Januar. (Wie. Drahtbericht.) Im Hieber Bergbau ist es zum offenen Roski gekommen. Der größte Teil der Belegschaft ist unter einem mächtigen Vorwand fristlos entlassen worden. Die Arbeitergehörten die Arbeit zu haben, es mit dem Bergarbeiterverband auf einen Wachtamp ankommen zu lassen.

Am 27. Dezember 1928 fanden die Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung und den Arbeitslohn beantragten die Arbeiter der Belegschaft die Lohnfrage zu regeln, obgleich weder sie, noch die Gewerkschaften den Lohnarbeitsvertrag gebilligt hatten. Die Arbeitgeber forderten zunächst die Verlängerung des bisher gültigen Lohnarbeitsvertrages bis zum 31. Oktober 1929, später sogar bis zum 31. Dezember 1929. Weil die Arbeitnehmervertreter das Annehmen ablehnten, in einem bestehenden Vertrag eingreifen zu lassen, erklärten die Arbeitgebervertreter, überhaupt nicht den Wunsch eines Lohnarbeitsvertrages und die Ausregelung der Arbeitszeit vorzuziehen zu wollen.

Stattdessen hat die Belegschaft wirksame die Arbeitszeit verlängert und durch Lohnaufschläge fristlose Entlassung angefordert, falls

Trinkt „Eilemi-Milch“ aus dem Milchhof Eisleben.

lege Machtmittel der Republik unvermeidlich werden!

Auf dem Wege zu dieser Entscheidungsschlacht wird Bagdeburg eine wichtige Etappe sein.

# Das Echo der Pariser Presse zum jugoslawischen Staatsstreich

## Der 'Populaire' verlangt Eingreifen der französischen Regierung

Paris, 7. Januar. (Radiomeldung.) Die Pariser Presse kommentiert mit größter Zurückhaltung den Staatsstreich des Königs Alexander von Jugoslawien. Der offiziöse 'Petit Parisien' schränkt sich nur auf die unwichtigen Äußerung auf, mit diesem Staatsstreich seien die Schwierigkeiten der letzten Monate durchgehoben, aber lange noch nicht gelöst. Das 'Journal' aber erwartet von der fremden Hilfe Unterstützung (!) des Königs eine neue Ära in der Geschichte Jugoslawiens. Das 'Lettre' ist nun bereinigt und der Weg zu bestimmten Reformen weit geöffnet. Berzina im 'Echo de Paris' erklärt, früher oder später hätte auch in Jugoslawien die Diktatur eingeführt werden müssen, denn die Verhältnisse seien für den Parlamentarismus noch nicht reif. Es genüge, an das Beispiel Balfours in Serbien, Bratianus in Rumänien,

Stambolinskis in Bulgarien und Benjeloš' in Griechenland zu erinnern. Am empfindlichsten äußert sich heute der sozialistische 'Populaire'. Er protestiert energig gegen das faschistische Militäregime, das jetzt auch Jugoslawien besitzte. Das Blatt richtet die heftigsten Vorwürfe an den Duce D'Orsani, denn die für ihn so heutzutage so beliebt, daß der Staatsstreich nicht ohne Zustimmung Frankreichs hätte erfolgen können. Es sei eine Schand für die französische Republik, wenn eine der französischen Verbände in Belgien die Einrichtung des absolutistischen Regimes begünstigt und damit die französische Regierung daran mitschuldig gemacht habe. Der 'Populaire' verlangt, daß der Duce D'Orsani den König Alexander zur Achtung vor der Freiheit der Völker und vor den Rechten Europas auf den Thron zurücksetze.

# Ein Zoter endgültig gestorben

## Der große Menschenhändler der russischen Westfront tot

Paris, 7. Januar. (Radiomeldung.) Großfürst Nikolai von Rußland, der frühere Oberbefehlshaber der russischen Armeen im Weltkrieg und Onkel des Zaren, ist in der Nacht zum Sonntag im Alter von 72 Jahren gestorben. Der Großfürst war Anfang Dezember von einer alten Augenentzündung befallen worden und sein Alter hatte infolge der Krankheit nicht mehr Widerstand zu leisten vermocht. Mit seinem Tod wird die Frage der Führung der russischen Einheiten sowie der antifašistischen Truppen im Ausland auch offiziell gestellt. Inoffiziell war sie schon längst vorhanden, nachdem der Großfürst wegen religiöser Zweifelsfragen (sowie verschiedener Handlungen, die ihm seine Betreuer vorwarfen, in den Kreisen des in der Verbannung lebenden russischen Hochadels erheblich an Ansehen verloren hatte. Anfang November waren bereits Gerüchte aufgetaucht, denen zufolge der besagte Großfürst künftig dieser Würdenträger wegen von der politischen Bühne völlig abzutreten gedachte.

Seine Umgebung bemerkte allerdings als diesbezüglichen Behauptungen und war erklärte, der Großfürst lebte mit seiner Frau einer Einladung der Königin von Italien, der Schwester der Großfürstin, nach Trieste, wo er sich nur einige Wochen zur Erholung aufhalten werde. Der Verstorbene war vor 1914 der rücksichtslose Kriegstreiber, im Krieg aber brutale aller Menschenhändler. Nachdem sich seine Niederlagen an der russischen Westfront gegenüber gehäuft hatten, wurde er auf Befehl des Kaiserlichen Hofes seines Postens als Oberbefehlshaber entlassen. Bis vor ungefähr einem Jahr geriet er sich als Thronpräsident, bis er schließlich der auschweifenden Anwartschaft wurde und von der politischen Bühne der russischen Emigranten abtrat. Nun hat die liebe Seele Ruß.

# Sozialdemokratischer Wahlerfolg

## Der Ausgang der lippischen Landtagswahlen

Detmold, 7. Januar. (Radiomeldung.) Bei den am Sonntag stattgefundenen lippischen Landtagswahlen wurden insgesamt 79 000 Stimmen abgegeben. Davon erhielten: Sozialdemokraten 31 900, Deutschnationale 9419, Deutsche Volkspartei 9769, Demokraten 4457, Kommunisten 4993, Zentrum 2289, Volksrechtspartei 5109, Christlich-sozialistische 5444, Christlich-nationale Bauern- und Landbauernpartei 6321, Nationalsozialistische 2708. Die Sozialdemokraten, die seit zehn Jahren in Lippa führend an der Regierung beteiligt ist, konnte ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahre 1926 sowohl als auch gegenüber der Reichstagswahl im Mai 1928 um fast 1000 Stimmen steigern.

Antifaschist ist die Niederlage der Deutschnationalen. Bei der letzten Landtagswahl verloren sie rund 11 000 und bei der letzten Reichstagswahl rund 4000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war gegenüber allen anderen Wahlen besser. Sie betrug rund 77 Prozent. So weit sich bisher übersehen läßt, werden die 21 Landtagsmandate wie folgt verteilt: Sozialdemokraten 9, Deutschnationale 3, Volkspartei 3, Demokraten 1, Kommunisten 1, Volksrechtspartei 1, Christlichsozialistische 1, Bauern- und Landbauern 2 Sitze.

# Der verurteilte Gefultan

## Am einen unverfälschten Diamanten

Paris, 7. Januar. (Radiomeldung.) Der frühere Sultan von Marokko Alaoui Schahid, einst eine fast im Mittelpunkt des Weltgeschehens stehende Persönlichkeit, ist am Sonnabend vor einem Pariser Gericht aus der Verurteilung aufgetaucht, in die ihn der Weltkrieg und alle folgenden Ereignisse verurteilt haben. Der Sultan, der als französischer Renner in einem Exilort von Paris lebte, war von einem Pariser Hotelier auf Zahlung von 21 600 Franken verurteilt worden und wollte diese Zahlung nicht anerkennen. Der Hotelier hatte, als der Sultan in Madrid lebte, einen seiner hohen Beamten beauftragt, und dieser war ihm diese Summe schuldig geblieben. Er sollte in Paris

einen 185karätigen Diamanten besetzen und dem in großer Geldnot sich befindenden Sultan davon 1,5 Millionen Franken nach Madrid bringen. Es stellte sich jedoch heraus, daß niemand eine so hohe Summe auf den Diamanten besetzen wollte und so mußte der Beamte endlich seinerseits den Hotelier um Geld bitten. Dieser gewährte bereitwillig Kredit. Der Beamte wollte später den Diamanten für 217 000 Franken besetzen, weigerte sich aber, seine Schuld an den Hotelier zu bezahlen und war alsdann nicht mehr aufzufinden. Der Hotelier machte nun den Sultan haftbar und das Pariser Gericht entschied zu seinen Gunsten.

# Geheimnismachen in der SPD. Leipzigs.

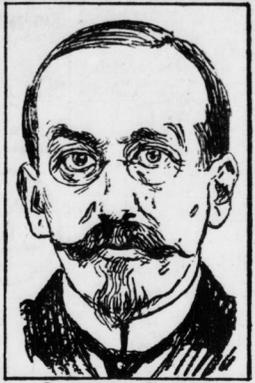
## Unter dieser Heberpflicht lesen wir in den Leipziger Nachrichten, so ist es auch in den langen Jahren in der Kommunistischen Partei in Leipzig. Zum Jahreswechsel ist diese Kritik abzuwenden. Die Bezirksleitung der SPD. Westfalens stellt sich vorübergehend hinter den bekannten 'Offenen Brief' des Westfälischen Arbeiters, der die Arbeiterbewegung in Thüringen als einseitig erregt und hat nunmehr eine Reihe Leipziger SPD-Mitglieder, die sich gegen Thälmann erklärt haben, aus der Partei hinausgeworfen. Von diesem Ausschluß sind betroffen worden die Kommunisten Böttcher, Sieber und die Leipziger SPD-Mitglieder, die die Bezirksleitung der SPD. Westfalens die sofortige Absetzung des politischen Sekretärs des Bezirks,

Schumann, befohlen werden, weil dieser zu der Gruppe des 'Berliner' gehöre, und weil für das 'Verfahren' in der SPD. gegenwärtig kein Platz mehr sei. Der besagte Sekretär in Oels, Dr. Erich Rastbach, der seit längerer Zeit leidend war, starb am Sonntagabend. Selbstmord einer Familie. In der Großen Frankfurter Straße in Berlin wurde am Sonnabend der Gattin Dr. Mejer mit seiner Frau und seinem Sohn mit Gas vergiftet tot in der Küche aufgefunden. Der Sohn hielt einen Hund auf dem Schoß, der gleichfalls mit Leben gekommen ist. Die Frau hatte noch den Schluß der Gasleitung im Munde. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

# Die Ermordung des Anthroposophen

## Unter dem Zwange des Verfolgungswahnes gemordet

Der Mörder des Vorsitzenden der Deutschen anthroposophischen Gesellschaft, Dr. Unger, der geistreiche Mechaniker Wilhelm Krieger, ist nach seinen Angaben früher Mitglied der anthroposophischen Gesellschaft Nürnberg gewesen, aber vor sieben Jahren ausgetreten. Seit dieser Zeit will er sich im Banne von Dr. Unger befinden haben und von diesem immer wieder gequält worden sein. Er habe sich deshalb auf irgendeine Art von dem auf ihm lastenden festsitzenden Brand, der nicht nur von Unger, sondern auch von der Anthroposophischen Gesellschaft auf ihn ausgeübt wurde, befreien wollen. Krieger hatte schon vor Jahren einen Strafantrag bei einer Schlichterbehörde gestellt, da er sich verfolgt fühle. Der Antrag wurde abgelehnt. Krieger erhob gegen diese Entscheidung Beschwerde mit der Begründung, sein ganzes Ich fühle sich von Unger und der Gesellschaft mit dunklen Kräften gequält. Als der Schlichteramt dann vor einigen Tagen an den Nürnberger Hofkäufmann die Anklage über Unger's Vortrag las, entschloß er sich, Unger zu töten. Nach der Angabe des Mörders hat er sich schon früher mit dieser Drohbotschaft getraut, sich aber nicht davon befreien können. Dr. Unger stand im 56. Lebensjahr; er hinterläßt eine Witwe und vier Kinder. Er war Inhaber einer Werkzeugmaschinenfabrik bei Stuttgart und hat als Ingenieur durch eine bedeutende Erfindung im Maschinenbau von sich reden gemacht. Schon während seiner Studienzeit gehörte



Der ermordete Dr. Unger.

# Hochstapler und Heiratschwindler

## Der Herr Vermögensverwalter lebt von Anzählungen

Die Berliner Kriminalpolizei ist auf der Suche nach dem 64jährigen angeblichen Vermögensverwalter August Brühl, der verheiratete Outbester und betriebsförmig mit dem Herrn Brühl hat, und den erst kürzlich durch ein raffiniert durchgeführtes Betrugsmanöver 25 000 Mk. in die Hände gefahren ist. Brühl, der zuletzt in Berlin-Deinersdorf wohnte, setzte in Heilmann mit ogaristischem Einfühlungsverständnis ein Aufgebot in Berlin unterzeichnet. Brühl erhielt eine Anzahlung von 20 000 Mk. und 5000 Mk. als eine sogenannte 'Garantie' aus dem Herrn Brühl, der sich

dem gleichen Zuge, an dem er das Geld ausgehindigt haben. Der launische Outbester mußte zu seinem Schrecken erfahren, daß er einem Betrüger in die Hände gefallen war. Denn der Verkäufer des Geldes sollte ihm auf Anfrage mit, daß er Brühl nicht bevollmächtigt hätte, das Gut zu verkaufen und eine Anzahlung entgegenzunehmen. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß der verschwundene Vermögensverwalter, der mit seinem Sohn zusammen arbeitete, bereits wegen ähnlicher großer Schwindelverbrechen bestraft ist und auch verschiedene heiratschwindlerische Verbrechen mit denen er zum Teil auf Reisen ging, um erhebliche Summen betrogen hat. Der Hochstapler ist ferner in ein Verbrechen wegen Kuppelei verurteilt. Es besteht die Möglichkeit, daß er verurteilt wird, nach Rio de Janeiro, wo sich einer seiner Söhne befindet, zu schicken.

# Eine furchtbare Tragödie

## Ein Landarbeiterkind erhängt sich, damit seine Geschwister etwas zu essen haben

Vor einigen Tagen wurde durch die 'Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung' berichtet, daß in der Gemeinde Hohenfeld, Ostpreußen, ein Kind von 12 Jahren Selbstmord begangen habe. Die Frage ist, wie es dazu gekommen ist. Ein furchtbares Verbrechen, der Kreisleiter der Deutschen Landarbeiterverbände, nach dem die Ursache näher kennen zu lernen. Die Feststellungen, die er dabei machte, sind erschütternd. Ein Kind des Kindes, der Landarbeiter Heilmann, ist seit März d. J. auf dem Hofhofe Reuterode als Deputatist beschäftigt. Die Zahl der Kinder betrug 9, die im Alter von bis 15 Jahren lebten; das älteste wird kommenden Herbst aus der Schule entlassen. Infolge des geringen Einkommens eines Landarbeiters war es dem Vater nicht möglich, seiner 12köpfigen Familie das Notwendige zum Leben zu geben. Eine harte Unterernährung machte sich in der Familie bemerkbar. Bericht wurde der Zustand noch dadurch, daß sich der Vater seit drei Wochen im Krankenhaus befindet, also keinerlei Sorge für die Familie hat, und die Familie dem Verhungern ausgeliefert war.

den zu kümmern. Dem Arbeitgeber, Copfmeister Bös (Teuendeck), möchten wir empfehlen, sich einmal die Bestimmungen des Tarifvertrages etwas genauer anzusehen, die sicher auch für ihn als Mitglied des Arbeitgeberverbandes verbindlich sind. Im Tarifvertrag zwischen dem Landarbeiterverband und dem Deutschen Landarbeiterverband, Gau Schleswig-Holstein, heißt es im § 4 Abs 4: Deputatfamilien mit mehr als 6 Kindern haben Anspruch auf 12 Kilogramm Brotgetreide monatlich für die lebenden und jede weitere Person, zu einem Teil des Tarifpreises. Berechnet werden nur die Kinder bis zum konfirmationspflichtigen Alter. Diese Bestimmungen des Tarifvertrages sind von Arbeitgeber nicht erfüllt worden.

Die entsetzliche Not wirtete auf den 12jährigen Sohn verhängt, daß er zu seinen Geschwisterchen den Aufbruch tat. Ich werde mich aufhängen, dann haben wenigstens meine Geschwister und meine Mutter noch einige Tage was zum Leben. Was kein Verzicht für möglich hielt, hätte dieses 12jährige Kind auch. Am gleichen Tage machte es seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Die Mutter des Kindes erlitt nach dieser Tragödie einen vollständigen Zusammenbruch, so daß auch sie sich seit einiger Woche im Krankenhaus befindet.

Der Landarbeiter O. hat nur sein Deputat, was allgemein als Verzehrungsteil gilt, erhalten. Beantragungen konnte der Landarbeiter O. pro Monat 72 Kilogramm mehr zu einem Teil des Tarifpreises. Wenn auch der Landarbeiter selbst vielleicht diese Bestimmungen nicht kannte, so sind die Bestimmungen bekannt gewesen und er hätte die Verpflichtung gehabt, dem Landarbeiter O. dies zu ermöglichen, worauf er mit seiner 12köpfigen Familie Anspruch hatte. Die Unterlassungsläden des Arbeitgebers haben sich in furchtbare Ausgebreitet, und es wird nicht damit auf zu machen sein, daß als der Landarbeiter O. ins Krankenhaus eingeliefert wurde, der Arbeitgeber 20 Pfund Korn mehr lieferte und jetzt die Verzehrungstopfen übernommen hat.

Erwünscht ist noch, daß jetzt verurteilt wird in der Öffentlichkeit die Meinung zu verbreiten, daß Brühl wäre geistig nicht normal gewesen. Brühl betrug man einmal den Lehrer des Kindes, ob er geistig Defekte bei dem Kinde schloß. Man in den Kreisen der Landarbeiter ist man anderer Meinung. Auch das kann wohl angenommen werden, daß ein geistig nicht normales Kind unmöglich zu einer solchen Entschlossenheit des Tots und solcher Tat fähig gewesen wäre.

# Drama in der Kaserne.

Eine rätselhafte Missetat hat sich in der Reichswehrkaserne in Lillitz abgepielt. Am Sonntagabend morgen gegen 2 Uhr waren der Unterwachtmeister Mehlies und der Wachmeister Adler aus der Kaserne zurückgekehrt und hatten sich auf die Unteroffizierskassa begeben. Nach kurzer Zeit holte sich Mehlies aus einem Nebenzimmer eine Pistole, ging auf seinen Kameraden zu und sagte: 'Ich möchte dich tot.' Adler zeigte auf die Brust

und erwiderte: 'Schieß, aber triff richtig.' Im folgenden Augenblick ging ein Schuß los, und Adler brach auf der Stelle tot zusammen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Cholera-Epidemie in Indien hat seit ihrem vor etwa vier Monaten erfolgten Ausbruch 5000 Todesopfer gefordert; insgesamt waren 14 000 Menschen von der Epidemie befallen. Die Ursache hat im Bezirk Trancoore zu großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt.

